

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP) vom 17. Juni 2004: Interkulturelle VermittlerInnen in der Schule; Fristverlängerung

Am 26. Mai 2005 hat der Stadtrat die folgende Motion Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt und mit SRB 371 vom 23. August 2007 einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion um zwei Jahre, d.h. bis zum 30. Juni 2009 zugestimmt:

Die Heterogenität der Schule nimmt zu: Der Anteil an fremdsprachigen Kindern beträgt in den städtischen Schulen durchschnittlich 35%, in den Kindergärten rund 40%, wobei in den einzelnen Quartieren sehr unterschiedliche Verhältnisse herrschen. Heterogenität birgt auch Konfliktpotenzial: Interkulturelle Konflikte in der Pause, im Unterricht, an Elternabenden und Schulreisen bzw. Klassenlagern gehören immer mehr zu den Alltagserfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Sie stellen alle Beteiligten vor Herausforderungen, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet sind.

Die Stadt hat die etappenweise Institutionalisierung der Sozialarbeit in den Schulen beschlossen. In der Auseinandersetzung mit interkulturellen Konflikten stossen die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter vielfach an ihre Grenzen, da ihnen häufig die notwendigen profunden Kenntnisse der andern Kulturen und Sprachen fehlen.

Zu ihrer Unterstützung benötigt es speziell ausgebildete interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler. Da sie selbst Migrantinnen und Migranten sind, verfügen sie über die notwendigen Kenntnisse der anderen Kultur wie auch der Sprache. Idealerweise weisen sie zusätzlich eine (sozial)pädagogische Ausbildung auf. Die Finanzierung ihrer Ausbildung ist gesichert.

Sie begleiten die Eltern zu Gesprächen mit den Lehrkräften, sind bei Laufbahnentscheiden anwesend, informieren bei Bedarf über das Schulsystem und übersetzen bei Elternabenden.

Sie beraten die Lehrkräfte beispielsweise bei Fragen betreffend Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Klassenlagern und Schulsport; wenn sich die Eltern aus kulturellen Gründen gegen eine Teilnahme aussprechen. Die Aufzählung der Tätigkeiten ist nicht abschliessend. Diese Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern.

Die Arbeit der interkulturellen VermittlerInnen soll in der Stadt Bern institutionalisiert werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Erarbeitung eines Konzepts über den Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen in den städtischen Schulen
2. Bereitstellung der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Bern, 17. Juni 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP), Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärner, Margrith Beyeler-Graf, Walter Christen, Andreas Krummen, Raymond Anliker, Beat Zobrist, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Béatrice Stucki, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Peter Blaser, Guglielmo Grossi, Christian Michel, Rosmarie Okle Zimmermann, Markus Lüthi, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher

Die Heterogenität der Schule nimmt zu: Der Anteil an fremdsprachigen Kindern beträgt in den städtischen Schulen durchschnittlich 35%, in den Kindergärten rund 40%, wobei in den einzelnen Quartieren sehr unterschiedliche Verhältnisse herrschen. Heterogenität birgt auch Konfliktpotenzial: Interkulturelle Konflikte in der Pause, im Unterricht, an Elternabenden und Schulreisen bzw. Klassenlagern gehören immer mehr zu den Alltagserfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Sie stellen alle Beteiligten vor Herausforderungen, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet sind.

Die Stadt hat die etappenweise Institutionalisierung der Sozialarbeit in den Schulen beschlossen. In der Auseinandersetzung mit interkulturellen Konflikten stossen die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter vielfach an ihre Grenzen, da ihnen häufig die notwendigen tiefen Kenntnisse der anderen Kulturen und Sprachen fehlen.

Zu ihrer Unterstützung benötigt es speziell ausgebildete interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler. Da sie selbst Migrantinnen und Migranten sind, verfügen sie über die notwendigen Kenntnisse der anderen Kultur wie auch der Sprache. Idealerweise weisen sie zusätzlich eine (sozial)pädagogische Ausbildung auf. Die Finanzierung ihrer Ausbildung ist gesichert. Sie begleiten die Eltern zu Gesprächen mit den Lehrkräften, sind bei Laufbahnentscheidungen anwesend, informieren bei Bedarf über das Schulsystem und übersetzen bei Elternabenden. Sie beraten die Lehrkräfte beispielsweise bei Fragen betreffend Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Klassenlagern und Schulsport; wenn sich die Eltern aus kulturellen Gründen gegen eine Teilnahme aussprechen. Die Aufzählung der Tätigkeiten ist nicht abschliessend. Diese Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern. Die Arbeit der interkulturellen VermittlerInnen soll in der Stadt Bern institutionalisiert werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Erarbeitung eines Konzepts über den Einsatz von interkulturellen VermittlerInnen in den städtischen Schulen
2. Bereitstellung der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Bern, 17. Juni 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP), Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärker, Margrith Beyeler-Graf, Walter Christen, Andreas Krummen, Raymond Anliker, Beat Zobrist, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Béatrice Stucki, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Peter Blaser, Guglielmo Grossi, Christian Michel, Rosmarie Okle Zimmermann, Markus Lüthi, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat die Motion am 26. Mai 2005 mit 45 Ja, 25 Nein und 2 Enthaltungen erheblich erklärt. Sie fordert die Erarbeitung eines Konzepts über den Einsatz von interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern in den städtischen Schulen sowie die Bereitstellung der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen. Die Motion verlangt zusätzlich zur institutionalisierten Schulsozialarbeit den Einsatz von Fachpersonen für interkulturelle Vermittlung, die selber Migrantinnen und Migranten sind. Sie sollen die Eltern bei Gesprächen begleiten, bei Laufbahnentscheidungen anwesend sein, über das Schulsystem informieren und bei Elternabenden übersetzen. Ihre Arbeit soll mit derjenigen der Schulsozialarbeit koordiniert werden.

Am 23. August 2007 hat der Stadtrat mit SRB 371 dem Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre zugestimmt. Mit dem Bericht dazu hat er zur Kenntnis genommen, dass geplant ist,

anders als in der Motion gefordert, die interkulturelle Vermittlung in der Schule mit verschiedenen Massnahmen zu verbessern.

Die interkulturelle Vermittlung in der Schule hat eine grosse Bedeutung und fördert die Integration von fremdsprachigen Menschen. Die Zielsetzung, Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu besseren Bildungschancen zu verhelfen, das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Kulturen zu verbessern und die Ressourcen der Menschen mit Migrationshintergrund besser zu nutzen gilt nach wie vor.

Eine Bestandesaufnahme zeigt, dass in der Stadt Bern bereits heute sehr viele Akteurinnen und Akteure interkulturelle Vermittlungsarbeit leisten. Besonders zu erwähnen sind folgende Beispiele:

- Es finden regelmässige Elternabende des Vereins für Fremdsprachige zu den Themen Einschulung, Übertritt Primarstufe - Sekundarstufe I und Berufswahlvorbereitung statt. Inzwischen wird der Verein für die Vorbereitung dieser Elternabende administrativ und finanziell von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport unterstützt. Ausserdem arbeitet der Verein für Fremdsprachige bei der Durchführung der Elternabende zur Berufswahlvorbereitung mit dem Berufs- und Informationszentrum BIZ Bern-Mittelland zusammen.
- Die von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport durchgeführten Mutter- und Kind-Deutschkurse.
- Die Mentoringprojekte incluso und Kamäleon mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler an der Nahtstelle zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II zu begleiten. Diese beiden Mentoringprogramme sind inzwischen in das Junior Coaching des Berufsinformationszentrums BIZ Bern-Mittelland integriert. Es besteht eine Leistungsvereinbarung zwischen der Direktion für Bildung, Soziales und Sport und dem Berufsinformationszentrum Bern-Mittelland. Die Stadt Bern zahlt an diese beiden Mentoringprogramme je Fr. 30 000.00.
- Der finanzielle Pool für den Einbezug von Übersetzerinnen und Übersetzern bei Gesprächen mit Eltern mit Migrationshintergrund, über den die Schulleitungen im Rahmen ihrer Kredite verfügen.

Der Gemeinderat hat im Bericht zur Fristverlängerung ausführlich dargelegt, weshalb er ein Konzept, wie es die Motionärin verlangte, als unbefriedigend beurteilt. Stattdessen hat er mögliche Massnahmen zur Verbesserung der interkulturellen Vermittlung beschrieben. Beispielsweise die Verbesserung des heutigen Angebots für Übersetzungen in der Schule durch Aufstockung des entsprechenden Betrags um weitere Fr. 10 000.00.

Im Weiteren sind Informationen über das bernische Schulsystem für Familien mit Migrationshintergrund wichtig, sie tragen zu einem besseren Verständnis bei und helfen Schwellenängste für den Zugang in die Volksschule abbauen. Es ist bereits erwiesen, dass Kurse am erfolgreichsten sind, wenn Migrantinnen und Migranten sie selber anbieten und ihr Wissen und ihre Erfahrungen an andere Migrantinnen und Migranten vermitteln mit dem Ziel, deren Kompetenz im Kontakt Eltern - Schule zu erweitern, das Vertrauen zwischen Schule und Migrationsfamilien zu stärken und einer Verbesserung der elterlichen Unterstützung in Schulbelangen für Schulkinder aus Migrationsfamilien zu erreichen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport könnte inhaltlich an der Gestaltung solcher Kursangebote mitarbeiten und bei der Werbung unterstützend mitwirken. Sie plant als nächsten Schritt, alle in diesem Bereich tätigen Organisationen zu einer Sitzung einzuladen, mit dem Ziel die Angebote zu koordinieren, Doppelspurigkeiten zu eliminieren und zu klären, welche Unterstützungsmassnahmen die Stadt ergreifen könnte.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport lässt ausserdem eine DVD-Reihe mit Informationen für Eltern über unser Schulsystem in zehn Sprachen herstellen. Die elektronischen Datenträger informieren die Eltern über den Kindergarteneintritt, den Eintritt in die obligatorische

Schulpflicht (1. Schuljahr), den Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe I sowie die Schnittstelle am Ende der Schulpflicht von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II und zur beruflichen Ausbildung. Drei solche DVDs sind bereits produziert. Ausstehend ist noch diejenige zum Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe I.

Der Verein für Fremdsprachige führt sehr erfolgreich Elternabende in verschiedenen Sprachen durch und erreicht damit eine ansehnliche Menge von Eltern mit Migrationshintergrund. Dieses Kursangebot entspricht offensichtlich einem grossen Bedürfnis der Zielgruppe. Diese Kurse werden von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport inhaltlich mitgestaltet und finanziell und administrativ unterstützt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Für die Herstellung der DVD sind die Mittel im IAFP eingeplant (jährlich Fr. 50 000.00). Zusätzliche Mittel für die interkulturelle Vermittlung um Fr. 10 000.00 sind im Budget 2009 bereits enthalten. Ab Schuljahr 2009/10 können diese den Schulleitungen im Rahmen des Kontrakts zur Verfügung gestellt werden. Eventuell müssen finanzielle Ressourcen für die organisatorische und finanzielle Unterstützung von Elternbildungsveranstaltungen im Umfang von jährlich voraussichtlich Fr. 6 000.00 bis Fr. 8 000.00 ins Budget 2011 aufgenommen werden.

Fazit

Der Gemeinderat ist bestrebt, die interkulturelle Vermittlung in der Schule zu verbessern. Aber noch sind nicht alle geplanten Massnahmen umgesetzt. Insbesondere für die Koordinationsarbeit im Bereich der Elternbildung braucht die Direktion für Bildung, Soziales und Sport noch mehr Zeit. Der Gemeinderat beantragt deshalb eine Fristverlängerung um zwei Jahre, das heisst bis am 30. Juni 2011.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP) vom 17. Juni 2004: Interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler in der Schule; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion um zwei Jahre, d.h. bis zum 30. Juni 2011, zu.

Bern, 24. Juni 2009

Der Gemeinderat